BÜRGERSCHAFT DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG

PARLAMENTARISCHE
INFORMATIONSDIENSTE

Neue Bücher und Aufsätze

Juni 2018

Parlamentsbibliothek

Tel: 040 – 42831 – 3000
E-Mail: infodienste@bk.hamburg.de

HAMBURGISCHE BÜRGERSCHAFT

Unsere Dienste für Sie:

- wir stellen Ihnen Fachliteratur zur Verfügung
- wir bieten Ihnen monatlich einen Überblick über neu erworbene Bücher und aktuelle Zeitschriftenaufsätze
- im Lesesaal können Sie im Online-Katalog der Bibliothek, in der Parlamentsdatenbank, in den Juris-Datenbanken, in Beck-online und im Internet recherchieren
- wir zeichnen die Plenarsitzungen der Bürgerschaft auf und erstellen Ihnen auf Wunsch eine Kopie von Reden oder Debatten (Link zur Videodatei).

Anschaffungswünsche für Bücher nehmen wir gerne entgegen!

Die Leihfrist für Bücher beträgt in der Regel **2 Wochen**, Dienstausleihe ist jeweils für maximal 3 Jahre möglich. Der Präsenzbestand ist nach Absprache für Abgeordnete, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bürgerschaftskanzlei und der Senatskanzlei kurzfristig ausleihbar. Loseblattwerke und Zeitschriften leihen wir grundsätzlich nicht aus.

Öffnungszeiten der Parlamentsbibliothek:

Montag bis Donnerstag	9:00 bis 17:00 Uhr
Freitag	9:00 bis 14:00 Uhr
während der Plenarsitzungen	9:00 bis 20:00 Uhr
In den Parlamentsferien	
Montag bis Donnerstag	9:00 bis 16:00 Uhr
Freitag	9:00 bis 14:00 Uhr

HAMBURGISCHE BÜRGERSCHAFT

Inhaltsverzeichnis

Arbeit und Wirtschaft	4
Finanzen, Haushalt und Steuerrecht	4-5
Gesellschaft und Politik	5-7
Hamburg	7-8
Informatik, Digitalisierung und Datenschutz	8-9
Medien	9
Parlament, Parteien und Regierung	9-10
Raumordnung und Städtebau	10
Soziales und Gesundheit	10
Staats- und Verfassungsrecht	11
Umwelt und Umweltrecht	11
Verkehr und Verkehrsrecht	11
Verwaltung und Verwaltungsrecht	12

Arbeit und Wirtschaft

Bünning, Mareike: Wunsch und Wirklichkeit : Geschlechtergerechter Arbeitsmarkt durch veränderte Rahmenbedingungen? / Mareike Bünning; Lena Hipp; Friederike Molitor, 2018
In: Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte ; (2018), H. 3, S. 50-52
Zwar haben sich die Erwerbsquoten von Männern und Frauen deutlich angenähert, aber es gibt weiterhin große Unterschiede hinsichtlich der Aufteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit. Die Autorinnen beziehen sich hier auf den zeitlichen Aufwand der Kinderbetreuung. Mütter verwenden wesentlich mehr Zeit als Väter für die Kinderbetreuung und reduzieren oftmals (teilw. dauerhaft) ihre Arbeitszeit nach der Geburt eines Kindes. Veränderte Rahmenbedingungen in der Arbeitswelt könnten Mütter wieder mehr arbeiten lassen und gleichzeitig Väter dazu animieren sich mehr Zeit für die Kinderbetreuung zu nehmen.
Z/17/18

Kiesel, Markus: Das Einsatzfeld hat Einfluss auf die Integrationschancen : Langfristige Teilnahmewirkungen von Ein-Euro-Jobs / Markus Kiesel und Joachim Wolff, 2018
In: IAB Kurzbericht ; (2018), H. 8, S. 1-8
Mit Ein-Euro-Jobs sollen besonders arbeitsmarktferne Arbeitslosengeld-II-Bezieher an den Arbeitsmarkt herangeführt werden. Die vorliegende Studie verdeutlicht, dass die Teilnahmen mittel- bis langfristig Integrationswirkungen entfalten. Das Einsatzfeld der Tätigkeit der Ein-Euro-Jobber spielt dabei allerdings eine wichtige Rolle. Bspw. vergleichsweise hohe positive Wirkungen treten bei den geförderten Frauen für die Bereiche Gesundheit und Pflege sowie Kinderbetreuung und Jugendhilfe auf.
Z/478/18

Kleemann, Sarah: Nur die Anforderungen sind gestiegen : Der Gender Pay Gap im Bildungssektor / Sarah Kleemann, 2018
In: Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte ; (2018), H. 3, S. 38-41
Die fehlende Frauenquote und ungleiche Bezahlung sind zentrale Probleme in der freien Wirtschaft. Entgegen der allgemeinen Annahme sind es aber auch Herausforderungen im öffentlichen Dienst. Die Autorin fasst die Tätigkeiten im Bildungsbereich hinsichtlich ihrer geforderten Leistungen und der dafür vorgesehenen Entgeldgruppen im TVöD zusammen. Unverhältnismäßigkeiten sowie tradierte Rollenmodelle in den Beschäftigungsanteilen von Frauen und Männern werden dabei deutlich hervorgehoben.
Z/17/18

König, Anne-Sophie: Arbeitslosigkeit & Hartz IV : Worüber wir reden müssen / Anne-Sophie König, 2018
In: Kommunalpolitische Blätter ; Jg.70 (2018), H. 4, S. 36-37
Die KPV fordert, dass kommunale Beschäftigungsgesellschaften die "zunächst arbeitsmarktfernen Leistungsempfänger" von ALG II auffängt. Das Ziel sollte hierbei sein, durch Stabilisierung und Qualifizierung eine Beschäftigung auf Mindestlohnniveau zu erreichen.
Z/173/18

Finanzen, Haushalt und Steuerrecht

Bach, Stefan: Grundsteuerreform : Bodenwert statt Kostenwert oder Fläche: Kommentar / Stefan Bach, Claus Michelsen, 2018
In: Wochenbericht / DIW, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-West ; (2018), H. 16, S. 318
Die Autoren stellen die drei Modelle zur Grundsteuerreform vor: das Kostenwert-Modell, das flächenbezogene Modell und die Bodenwertsteuer. Im Zuge dessen beleuchten sie die Vor- und Nachteile des jeweilgen Modells.
Z/449/18

Bach, Stefan: Progressive Sozialbeiträge können niedrige Einkommen entlasten / Stefan Bach, Peter Haan, Michelle Harnisch, 2018
In: Wochenbericht / DIW, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-West ; (2018), H. 13+14, S. 277-285
Im Koalitionsvertrag wurden die Wiederherstellung der Beitragsparität bei der Gesetzlichen Krankenversicherung sowie die Ausweitung der Gleitzone bei Midijobs vereinbart. Beides bietet Geringverdienern jedoch nur wenig Entlastung. Es werden im Rahmen dieses Aufsatzes verschiedene Möglichkeiten vorgestellt, um Geringverdiener stärker zu entlasten. So würden diese von einem Grundfreibetrag für Sozialbeiträge am meisten profitieren. Statt einer Senkung der Sozialbeiträge wäre eine weitere Option, diese auf die Einkommenssteuer anzurechnen und zwar bis hin zu einer "Negativsteuer". Denkbar wäre auch, die Entlastungen bei steigenden Einkommen abzuschmelzen, um sie auf die unteren und mittleren Einkommen zu konzentrieren.
Z/449/18

Güntzler, Fritz: Grundsteuer auf dem Prüfstand / Fritz Güntzler, 2018
In: Kommunalpolitische Blätter ; Jg.70 (2018), H. 4, S. 44-45
Fritz Güntzler erläutert das derzeit noch geltende Grundsteuermodell und plädiert bei einer Grundsteuerreform für das Flächenmodell. Dieses Modell nimmt als Grundlage für seine Berechnungen lediglich die Fläche des Grundstücks. Daher lassen sich die Parameter für die Grundsteuer im Gegensatz zu anderen Modellen einfach und schnell ermitteln.
Z/173/18

Gesellschaft und Politik

Achour, Sabine: Die "gespaltene Gesellschaft" : Herausforderungen und Konsequenzen für die politische Bildung / Sabine Achour, 2018
In: Aus Politik und Zeitgeschichte ; (2018) H. 13-14, S. 40-46
Muss sich in einer gespaltenen Gesellschaft auch die politische Bildung "spalten" und ihre Angebote stärker auf bestimmte Zielgruppen zuschneiden? Oder braucht es inklusivere Angebote, die die verschiedenen Zielgruppen an einen Tisch bringen?
Z/27/18

Brunori, Paolo: Wurzeln der Ungleichheit : Ist Ungleichheit gleich ungerecht? / Paolo Brunori, Paul Hufe und Daniel Mahler, 2018
In: ifo Schnelldienst ; Jg. 71 (2018), H. 5, S. 18-22
Wenn die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland gestellt wird, wird meist die Entwicklung der Einkommensungleichheit zur Veranschaulichung herangezogen. Um die Gerechtigkeitsfrage zu beantworten, gilt es aus Sicht der Autoren, als erstes zu klären, was unter Gerechtigkeit zu verstehen ist. Wie soll eine gerechte Einkommensverteilung aussehen? Dann müsse das jeweilige "Gerechtigkeitskonzept" messbar gemacht werden, um bewerten zu können, ob eine Reform in die richtige Richtung geht. Auf diesen Schritt wird in dem vorliegenden Text der Fokus gesetzt und es wird ein neues Messkonzept für die Chancengerechtigkeit vorgestellt.
Z/446/18

Decker, Frank: Die Lage der SPD im Spiegel der Krise der europäischen Sozialdemokratie / Frank Decker, 2018
In: Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte ; (2018), H. 3, S. 63-67
Fast Zwanzig Jahre ist der letzte Rot-Grüne Wahlsieg in der BRD her. Nicht nur in Deutschland auch in vielen anderen europäischen Ländern waren die Sozialdemokraten obenauf und führten die Regierungen an. Heute dominiert das Bild eines nicht enden wollenden Niedergangs. Der Autor erklärt wie es in Deutschland und Europa dazu kommen konnte und beschreibt, wie die Sozialdemokratie ihre Mehrheitsfähigkeit gegenüber dem Mitte-Rechts-Lager zurückerlangen kann.
Z/17/18

Elies, Stefanie: Erneuern? Engagieren! : Ohne Frauen keine demokratische Innovation / Stefanie Elies, 2018
In: Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte ; (2018), H. 3, S. 25-30
Frauen sind in der Politik immer noch unterrepräsentiert. Die Autorin nimmt die Frauenquoten in den verschiedenen Parteien unter die Lupe und gibt zudem beispielhaft an, in welchen Bereichen sich Frauen als kreativer, innovativer und erfolgreicher hervortun als Männer.
Z/17/18

Freitag, Jan: Entwicklung der Ideologie der "Reichsbürger" / Jan Freitag, Michael Hüllen und Yasemin Krüger, 2016
In: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 2017 ; S. 159-174
Reichsbürger lehnen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland ab und negieren die Handlungsfähigkeit und Rechtmäßigkeit der deutschen Gerichtsbarkeit und des Verwaltungsapparates. Sie fallen bisweilen durch antisemitische und ausländerfeindliche Äußerungen auf und ein Teil der Szene ist dem Rechtsextremismus zuzuordnen. Der vorliegende Text beleuchtet die Entstehungsgeschichte und Hintergründe der Reichsbürgerbewegung und ihrer Ideologie.
F cb
R/1.13 Aufsatz

Garbert, Matthias: Salafismus als politische Herausforderung / Matthias Garbert, 2016
In: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 2017 ; S. 175-187
Matthias Garbert beleuchtet in seinem Aufsatz einige potenzielle politische Herausforderungen des Phänomens Salafismus. Ziel seiner Analyse ist es, einige Aspekte der Forschung in Bezug auf den Salafismus in Beziehung zu den Feldern der Gesellschafts- und Sicherheitspolitik zu setzen.
F cb
R/1.13 Aufsatz

Gysi, Gregor: Marx und wir : warum wir eine neue Gesellschaftsidee brauchen / Gregor Gysi. - 1. Aufl.. - Berlin : Aufbau, 2018. - 160 S.
ISBN 978-3-351-03720-8
Ist der Kapitalismus noch zu retten? Oder brauchen wir eine neue Gesellschaftsidee? Gregor Gysi untersucht kritisch, unterhaltsam und pointiert die Bedeutung des Marx'schen Denkens und seiner Rezeption, die von akademischer Erbauungsliteratur bis zum Popart-Design reicht. Seine These: Die Menschheit braucht eine neue Utopie. (Klappentext)
F ca
18-122

Menge, Jonathan: Die fetten Jahre sind vorbei : Gleichstellungspolitisches Engagement in Zeiten des Rechtspopulismus / Jonathan Menge/Sarah Vespermann, 2018
In: Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte ; (2018), H. 3, S. 45-49
Die Zukunft der Gleichstellungspolitik sieht im Lichte der Zusammensetzung des 19. Bundestages nicht gut aus. Denn mit der AfD ist eine gleichstellungsfeindliche Partei dort eingezogen. Die Autoren warnen vor einem starken Gegenwind mit Blick auf die moderne Gleichstellungspolitik und dem angeblichen "Genderwahn".
Z/17/18

Ortleb, Josephine: Liberté - Egalité - Parité : Gleichberechtigung – auch in der Politik und im Parlament / Josephine Ortleb, 2018
In: Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte ; (2018), H. 3, S. 31-34
Frauen haben ein Recht auf die gleichberechtigte Teilhabe in der Politik. Die Bundestagsabgeordnete Josephine Ortleb bemängelt, dass Frauen in der Politik immer noch unterrepräsentiert sind. Sie fordert einen höheren Frauenanteil.
Z/17/18

Schirrmacher, Christine: Die Attraktivität des Dschihadismus für Jugendliche in Europa : Ursachen - Erklärungsmodelle - Gegenmaßnahmen / Christine Schirrmacher, 2016
In: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 2017 ; S. 43-67
Wissenschaftler, Strafverfolgungsbehörden und Migrationsbeauftragte. welche sich mit der Radikalisierung Jugendlicher in Europa auseinandersetzen, können verschiedene begünstigende Faktoren für den Weg in den Extremismus benennen. Was es nicht gibt, ist eine einzelne Ursache, die als entscheidender Auslöser für den Weg in den Dschihadismus benannt werden kann. Erklärungen wie die, dass Extremisten geisteskrank, traumatisiert, diskriminiert etc. sind, greifen ebenfalls zu kurz. Die Autorin legt dar, dass für eine fundierte Analyse in der heutigen Situation sämtliche soziale, politische und weltanschauliche Faktoren in den Fokus genommen werden müssen, die Extremismus begünstigen.
F cb
R/1.13 Aufsatz

Westphal, Manon: Kritik- und Konfliktkompetenz : Eine Demokratietheoretische Perspektive auf das Kontroversitätsgebot / Manon Westphal, 2018
In: Aus Politik und Zeitgeschichte ; (2018) H. 13-14, S. 12-17
Heutige Gesellschaften werden immer vielfältiger, was auch die Zahl potenzieller Konflikte erhöht, da gemeinsame Werte unterschiedlich interpretiert werden. Politische Bildung sollte diese Kontroversität abbilden. Welche Impulse können radikaldemokratische Theorien geben?
Z/27/18

Hamburg

Momic, Maja: Das flüchtige Wohnen? : (Wohn-)Alltag von Geflüchteten in Hamburg im Spannungsfeld zwischen Regelwerk und Wohnpraktiken / Maja Momic, 2018
In: Fluchtpunkt Hamburg ; S. 229-244
Der Aufsatz befasst sich mit der Lebens- und Wohnsituation von Geflüchteten, die während der Flüchtlingskrise nach Hamburg gekommen sind. Im weiteren Sinne versteht sich der Beitrag aber auch als Plädoyer für eine größere Bezugnahme auf Bewohner in Architektur, Stadtplanung, -entwicklung und -verwaltung.
E da
18-93 Aufsatz

Poettering, Jorun: Portugiesische Hamburger und Hamburger Portugiesen : Zur Migration von Kaufleuten im 17. Jahrhundert / Jorun Poettering, 2018
In: Fluchtpunkt Hamburg ; S. 135-156
Anfang des 17. Jahrhunderts ließ sich eine Gruppe portugiesischer Juden in Hamburg nieder und betrieb Handel mit Portugal. Zu etwa derselben Zeit ging auch eine Gruppe hamburgischer Kaufleute nach Portugal, um von dort aus Handel mit ihrer Heimat zu betreiben. Der Beitrag beleuchtet, warum die portugiesischen Kaufleute in Hamburg eine segregierte Gruppe blieben, wohingegen die hamburgischen Geschäftsleute sich in Portugal gut integrieren konnten.
E da
18-93 Aufsatz

Schwoch, Rebecca: Jüdische Ärzte aus Hamburg auf der Flucht ins Exil, in den Untergrund oder in den Tod, 1933-1945 / Rebecca Schwoch, 2018
In: Fluchtpunkt Hamburg ; S. 215-227
Rebecca Schwoch benennt folgende drei Fluchtarten: Suizid, Exil und Untergrund. Diese stellt die Autorin in ihrem Beitrag am Beispiel von jüdischen Ärzten aus Hamburg, deren Flucht in dem Jahr 1933 einsetzte, exemplarisch dar.
E da
18-93 Aufsatz

Templin, David: "Mit dem Kopf in der Türkei, mit dem Fuß in der BRD" : Zugänge zur Geschichte politischer Flüchtlinge aus der Türkei im Hamburg der 1980er Jahre / David Templin, 2018
In: Fluchtpunkt Hamburg ; S. 197-212
Der Artikel befasst sich mit der Geschichte politischer Flüchtlinge aus der Türkei in den 1980er Jahren am Beispiel Hamburg. David Templin skizziert dabei exemplarisch drei Zugänge zu einer möglichen Geschichtsschreibung über Exilanten aus der Türkei: 1. die Analyse der öffentlichen Debatte und politische Maßnahmen zum Thema Asyl ; 2. die Untersuchung des Lebens im Exil ; 3. der Fokus auf den Rassismus der Deutschen und die Reaktion der Betroffenen.
E da
18-93 Aufsatz

The Hamburg Rathaus : Seat of the Hamburg State Parliament and the Hamburg State Administration / Rita Bake (Hrsg.) / Hrsg.: Landeszentrale für Politische Bildung. - Hamburg : Landeszentrale für politische Bildung, 2017. - 27 S. : Ill.
ISBN 978-3-946246-07-7
18-131

Informatik, Digitalisierung und Datenschutz

Krüger, Philipp-L.: Das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes : Reformüberlegungen aus behördlicher Sicht / Philipp-L. Krüger, 2018
In: Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP) ; Jg.51 (2018), H. 3 , S. 79-81
Das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes ist seit seinem Inkrafttreten 2006 weitgehend unverändert geblieben. Die Rahmenbedingungen für die Inanspruchnahme dieses Gesetzes haben sich jedoch durch die Digitalisierung und die Möglichkeiten des Internets stark verändert. Daher ist es nach Auffassung des Autors an der Zeit, über Änderungen nachzudenken, um das Gesetz praktikabler für die Praxis zu gestalten.
Z/118/18

Kruse, Björn: Die Online-Durchsuchung als "digitale Allzweckwaffe" : Zur Kritik an überbordenden Ermittlungsmethoden / Björn Kruse / Matthias Grzesiek, 2017
In: Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft KritV ; Jg.100 (2017), H. 4, S. 331-350
Die Online-Durchsuchung nach §100 b StPo versucht der Verlagerung von Kommunikationswegen zu begegnen. Einerseits wirft das Fragen zur technischen Umsetzung auf. Andererseits steht diese Ermittlungsmaßnahme im Fokus der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Der vorliegende Aufsatz beschäftigt sich sowohl mit den technischen als auch mit den rechtlichen Hintergründen zu diesem Thema.
Z/313/17

Omlor, Sebastian: Blockchain-basierte Zahlungsmittel : Ein Arbeitsprogramm für Gesetzgeber und Rechtswissenschaft / Sebastian Omlor, 2018
In: Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP) ; Jg.51 (2018), H. 3 , S. 85-89
Im Entwurf des Koalitionsvertrages von SPD und CDU ist festgehalten, dass eine umfangreiche Blockchain-Strategie entwickelt und ein angemessener Rechtsrahmen dafür geschaffen werden soll. Der Beitrag skizziert ein gemeinsames Arbeitsprogramm diesbezüglich für die aktuelle Legislaturperiode.
Z/118/18

Sprenger, Reinhard K.: Radikal digital : Weil der Mensch den Unterschied macht - 111 Führungsrezepte / Reinhard K. Sprenger. - 1. Aufl.. - München : Deutsche Verlags-Anstalt, 2018. - 265 S.
ISBN 978-3-421-04809-7
Reinhard K. Sprenger reduziert die Herausforderungen der Digitalisierung auf drei Kernaufgaben für Führungskräfte: Kunde - Kooperation - Kreativität. [...] Digitalisierung bedeutet nicht die Macht der Maschinen oder die Herrschaft der Algorithmen. Sondern die Konzentration auf das Wesentliche. Auf das, was nur Menschen leisten. Menschen machen den Unterschied. Mit 111 konkreten Rezepten weist [...] dieses Buch den Weg des digitalen Wandels. (Auszug Verlagsmeldung)
K ba
18-137
18-137+1

Medien

Kreutzer, Ralf T.: Social-Media-Marketing kompakt : Ausgestalten, Plattformen finden, messen, organisatorisch verankern / Ralf T. Kreutzer. - Wiesbaden : Springer Gabler, 2018. - X, 205 S. : Ill., graph. Darst.
ISBN 978-3-658-21146-2
Dieses Buch verdeutlicht, dass Social-Media-Marketing heute zu einem integralen Bestandteil der Online-Kommunikation geworden ist. Doch welche Ziele lassen sich damit erreichen? Welche Plattformen bieten welche Möglichkeiten? Wie kann der Erfolg einer Social-Media-Kampagne gemessen werden? Von welchen Plattformen sollte man die Finger lassen? Welche Erfolgsfaktoren zählen? Welche Social-Media-KPIs sind relevant? Ist Social-Media-Marketing gut für meine Suchmaschinen-Optimierung? In diesem Werk werden alle zentralen Fragen zum Social-Media-Marketing kompetent beantwortet. (Klappentext)
L ce
18-125

Parlament, Parteien und Regierung

Nikkho, Ramin: Staatliche Parteienfinanzierung als verfassungsrechtliches Institut : der freie Wettbewerb als Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung /
Ramin Nikkho, 2018
In: Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.) ; Jg. 133 (2018), Nr. 6, S. 337-342
Mit der Änderung des Grundgesetzes anlässlich des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes im zweiten NPD-Verbotsverfahren wurde auch das grundgesetzliche Verständnis vom Parteienwesen verändert. Mit der Änderung des Verfassungstextes zum Zweck des Ausschlusses verfassungsfeindlicher Parteien aus der staatlichen Parteienfinanzierung hat sich die Funktion der Finanzierung verändert. Sie soll nun die Parteien nicht mehr nur bei ihrer allgemeinen politischen Tätigkeit unterstützen, sondern die Verfassungskonformität zu einem signifikanten Wettbewerbsvorteil erheben.
Z/120/18

Parteienstaat - Parteiendemokratie / Martin Morlok/Thomas Poguntke/Ewgenij Sokolov (Hrsg.). - 1. Auflage. - Baden-Baden : Nomos, 2018. - 169 S. : Ill. . - (Schriften zum Parteienrecht und zur Parteienforschung ; 52)
ISBN 978-3-8487-4694-1
Die Parteigeprägtheit unserer politischen Ordnung erfährt in Wissenschaft und Gesellschaft ganz unterschiedliche Bewertungen, die von Lobpreisung bis hin zu schärfster Kritik reichen. Die starke Stellung politischer Parteien im politischen System sowie die staatliche Finanzierung werden ihren tatsächlichen Leistungen häufig kritisch betont. In einer interdisziplinären Sicht werden daher die Legitimation politischer Parteien sowie die rechtliche und tatsächliche Unterscheidbarkeit von Partei und Fraktion untersucht. […] (Auszug Verlagstext)
F ha
18-128

Pukelsheim, Friedrich: 598 Sitze im Bundestag statt 709? 200 Wahlkreise statt 299! / von Friedrich Pukelsheim, 2018
In: Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.) ; Jg. 133 (2018), Nr. 3, S. 153-160
Die Wahl des 19. Bundestages führte zu einem übergroßen Bundestag mit 709 Sitzen und liegt damit weit über der Sollgröße von 598 Sitzen. Friedrich Pukelsheim vollzieht diesen Anstieg der Sitze anhand des im Bundeswahlgesetz normierten Verfahrens zur Verrechnung von Stimmen auf Mandate nach und analysiert die Ursachen für diese Übergröße.
Z/120/18

Raumordnung und Städtebau

Longo, Fabian: Klimaschutz im Städtebaurecht : Globaler Anspruch und kommunale Wirklichkeit der Energiewende durch Bauleitplanung / Fabian Longo, 2018
In: Die Öffentliche Verwaltung (DÖV) ; Jg. 71 (2018), H. 3, S. 107-116
Seit der Klimaschutznovelle von 2011 ist das Klima in seiner globalen Dimension im Baugesetzbuch ein großes Thema. Die Energiewende sollte durch Bauleitplanung beschleunigt werden. Allerdings stagniert dieses Vorhaben. Ob für den Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energieträger die Hervorhebung einer städtebaulichen Aufgabe des globalen Klimaschutzes rechtlich notwendig ist, und für die Erreichung dieses Ziels überhaupt förderlich, wird in diesem Beitrag untersucht.
Z/155/18

Sinning, Heidi: Altersgerecht wohnen und leben im Quartier : Trends, Anforderungen und Modelle für Stadtplanung und Wohnungswirtschaft / Heidi Sinnig (Hrsg.). - Stuttgart : Fraunhofer-IRB-Verl., 2017. - 239 S. : Ill.
ISBN 978-3-8167-9950-4
Damit Menschen auch künftig solange und so gut wie möglich im vertrauten Lebensumfeld alt werden können, muss ein Umdenken bei der Stadtentwicklung und Stadtplanung sowie in der Wohnungswirtschaft stattfinden. Wie sind Quartiere für die Zukunft gut aufgestellt? Was können gemeinschaftliche Wohnformen leisten? Und wie können Kommunikation und Kooperation dazu beitragen? Diese Fragen behandelt die Publikation. [...] (Auszug Verlagstext)
P ce
18-127

Soziales und Gesundheit

Diskussion um die Krankenversicherung: Wie könnte ein effizientes und solidarisches Gesundheitssystem funktionieren? : Reformierte Dualität zur Auflösung von Insuffizienzen in GKV und PKV / Schwerpunktthema mit Beitr. versch. Autoren, 2018
In: ifo Schnelldienst ; Jg. 71 (2018), H. 5, S. 3-17
Die Sondierungsgespräche zwischen CDU und SPD haben erneut eine Diskussion über eine Reform der Krankenversicherung in Gang gesetzt. Eine Bürgerversicherung wird es zwar nicht geben, aber eine Reform des Krankenversicherungssystems ist notwendig, um eine effiziente und solidarische Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Zur Diskussion gestellt wird die Frage, welche Änderungen sinnvoll und finanzierbar sind.
Z/446/18

Staats- und Verfassungsrecht

Backes, Uwe: Parteiverbote im demokratischen Verfassungsstaat : Das Urteil im zweiten NPD-Verbotsverfahren in vergleichender Perspektive / Uwe Backes, 2016
In: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 2017 ; S. 13-26
Der Aufsatz beschäftigt sich mit den Gründen für das zweite NPD-Verbotsverfahren. Der Beitrag prüft die Verhältnismäßigkeit dieses Verfahrens und stellt die Frage, warum der NPD-Verbotsantrag überhaupt gestellt wurde, wenn doch, so der Autor, die meisten Akteure wussten, dass von der NPD keine Gefahr für die Verfassungsordnung ausging.
F cb
R/1.13 Aufsatz

Umwelt und Umweltrecht

Buchmeister, Joachim: Rechtsprechungsreport zum Umweltrecht /
Joachim Buchheister, 2018
In: Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.) ; Jg. 133 (2018), Nr. 4, S. 201-206
Das Umweltrecht wird mehr und mehr von völker- und unionsrechtlichen Vorgaben beeinflusst. Der Rechtsprechungsreport zum Umweltrecht berichtet über die Entwicklung des Jahres 2017 anhand von Judikaten des EuGH und des BVerwG. (Einleitungstext)
Z/120/18

Grandjot, René: Grenzüberschreitende Umweltprüfungen : Änderungen durch das Gesetz zur Modernisierung des Rechts der Umweltverträglichkeitsprüfung / von René Grandjot, 2018
In: Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.) ; Jg. 133 (2018), Nr. 3, S. 161-164
Im Zuge der Modernisierung des Rechts der Umweltverträglichkeitsprüfung wurden auch die Regelungen über grenzüberschreitende Umweltprüfungen überarbeitet. Der vorliegende Beitrag stellt die Aktualisierungen bezüglich dieser Regelungen vor.
Z/120/18

Verkehr und Verkehrsrecht

Verkehr und Mobilität zwischen Alltagspraxis und Planungstheorie : Ökologische und soziale Perspektiven / Mathias Wilde, Matthias Gather, Cordula Neiberger, Joachim Scheiner (Hrsg.). - Wiesbaden : Springer VS, 2017. - VIII, 168 S.
ISBN 978-3-658-13700-7
In diesem Sammelband geben die Beiträge einen Einblick in das Spannungsfeld der sozialwissenschaftlichen Mobilitätsforschung und ihrer Relevanz für die Verkehrsplanung. Die Autorinnen und Autoren liefern Impulse für eine Verkehrsplanung, die die kulturelle und soziale Dimension von Mobilität berücksichtigt und für die Praxis übersetzt. (Auszug Klappentext)
M ca
18-126

Verwaltung und Verwaltungsrecht

Guckelberger, Annette: Digitalisierung und ihre Folgen für die postalische Bekanntgabe von Verwaltungsakten / Annette Guckelberger, 2018
In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht ; Jg. 37 (2018) H. 6, S. 359-363
Der Gesetzgeber forciert die Rahmenbedingungen für den elektronischen Rechtsverkehr, sodass die Kommunikation auf dem postalischen Wege langfristig gesehen wohl nicht mehr der Regelfall sein wird. Auf diese Entwicklungen reagierte die Deutsche Post AG mit einem Pilotversuch mit einer geänderten Taktung der Briefzustellung, bei der die Empfänger zwischen verschiedenen Zustelloptionen wählen konnten. Die Autorin ist der Auffassung, dass der Gesetzgeber daher bei der Digitalisierung zugleich im Gegenstromprinzip die für schriftliche Verwaltungsakte geltenden Regelungen im Auge behalten sollte.
Z/272/18

Stegmüller, Martin: Vollautomatische Verwaltungsakte : eine kritische Sicht auf die neuen § 24 I 3 und § 35 a VwVfG / Martin Stegmüller, 2018
In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht ; Jg. 37 (2018) H. 6, S. 353-358
Der Bund hat zum Beginn des Jahres 2017 die Paragraphen 24 I 3 und 35 in das VwVfG eingefügt. Damit sollte der Weg für vollständig automatisierte Verwaltungsakte frei gemacht werden. Martin Stegmüller hält die Bestimmungen für kontraproduktiv und plädiert dafür, dass sie wieder gestrichen werden bzw. zumindest die Länder sie nicht in ihre Verwaltungsverfahrensgesetze kopieren.
Z/272/18

Thym, Daniel: Die Flüchtlingskrise vor Gericht : Zum Umgang des EuGH mit der Dublin III-Verordnung / Daniel Thym, 2018
In: Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl.) ; Jg. 133 (2018), Nr. 5, S. 276-284
Der Umgang mit dem Migrationsrecht wurde während der Flüchtlingskrise 2015/2016 nach Meinung des Autors durch deren europäische Überlagerung erschwert. Dabei zielt er insbesondere auf die Dublin III-Verordnung ab, zu deren Auslegung während der Flüchtlingskrise sich der EUGH jüngst in diversen Urteilen äußerte. Dies würde, so Daniel Thym, die deutsche Asylpraxis prozedural herausfordern und darüber Auskunft geben, wie der EUGH seine Rolle im Umgang mit dem primären und sekundären Unionsrecht wahrnimmt.
Z/120/18